Feature II

Nicht immer Sonnenschein – 150 Jahre Beziehungen zwischen der Schweiz und Japan

Roger Mottini

Die Darstellungen schweizerisch-japanischer Beziehungen, die im Jahre 1864 ihren offiziellen Anfang nahmen, werden in der Regel als ein Fest ungetrübter Freude und gegenseitigen Respekts abgehandelt, immer freundschaftlich, problemlos und nutzbringend. Gerne betonen die Japaner im persönlichen Gespräch auch immer wieder ihre Friedfertigkeit und Friedensliebe, im Sinne von „Japan ist die Schweiz Ostasiens". Die jüngere Realität sah jedoch, gerade auch im Verhältnis zu Schweizern, manchmal ganz anders aus und eine Vergleichbarkeit ist absolut nicht gegeben. Sie beruht letztlich nur auf einer historischen Ignoranz, die Kontinuitäten leugnet und stattdessen beliebige Anknüpfungspunkte in der Vergangenheit sucht, an welchen die gewünschte Eigenwahrnehmung und Imagepflege aufgehängt werden kann. Selbst auf die Gefahr hin, einen Misston in die gegenwärtigen Jubelfeiern zu bringen, will der nachfolgende Beitrag dieses einseitige Klischee etwas relativieren und im Interesse einer realistischeren Gesamtschau den Lesern die entsprechenden Fakten in Erinnerung rufen.

I) Begegnung und Entdeckung

Es muss wohl eine Begegnung der besonderen Art gewesen sein, die im Jahre 1864 mit dem Abschluss des ersten Abkommens zwischen dem erst sechzehn Jahre zuvor begründeten Schweizer Bundesstaat und dem Japan der Schogune ihren ersten Höhepunkt erlebte. Ein größerer Gegensatz als den zwischen der von einem weltoffenen liberalen Bürgertum dominierten kleinen Republik im Herzen Europas und dem hierarchisch erstarrten, selbstbezogenen Inselreich am äußersten Ende des eurasischen Kontinents lässt sich wohl kaum vorstellen. Die ersten Begegnungen zwischen Schweizern und Japanern fanden allerdings schon sehr viel früher statt.

Seit die schlagkräftige Infanterie der Alten Eidgenossenschaft den Großreichsträumen Karls des Kühnen in den Burgunderkriegen des 15. Jahrhunderts ein blutiges Ende bereitet hatte, bestand der Hauptexport der Schweizer Kantone aus testosterongesättigten jungen Männern, die gegen gutes Geld für ihre gekrönten Auftraggeber fast 300 Jahre lang die Schlachtfelder Europas – v.a. in Oberitalien – dominierten (Reisläuferei). Obwohl die Kantone den Einsatz ihrer Reisläufer auf Schiffen und gegeneinander strikt untersagten, soll der erste Schweizer eigenen Angaben zufolge bereits im 17. Jahrhun-

dert auf den Schiffen der VOC (Holländische Ostindiengesellschaft) seinen Weg nach Japan gefunden haben. Er stammte aus der Gegend von Lausanne und behauptete, im Jahre 1623 in Nagasaki an Land gegangen zu sein, als Offizier im Solde der VOC, die das Außenhandelsmonopol mit Japan innehatte. Er hieß: Elie Ripon (s. OAG-Notizen 12/2008, S. 27-38).

Japanische Schiffe im Hafen von Nagasaki, Aquarell von Johann Kaspar Horner 1804. (Quelle: Ethnografisches Museum der Universität Zürich).

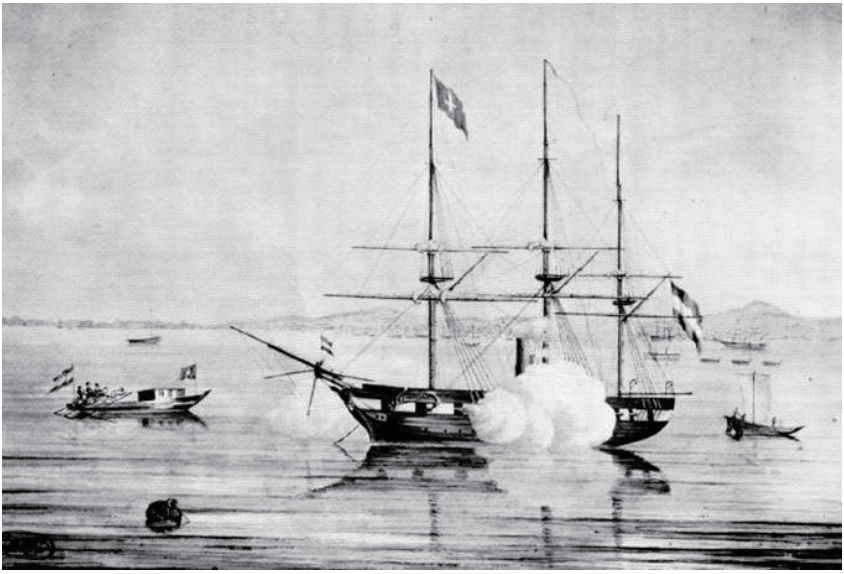
Historisch eindeutig nachweisbar ist der nächste Schweizer, der in Japan erschien. Auch er stand in fremden Diensten und kam in Nagasaki an, wo die VOC ihren Handelsstützpunkt hatte. Es war dies im Jahre 1804. Dabei handelte es sich um den Astronomen und Wissenschaftler Johann Kaspar Horner aus Zürich. Er war Mitglied der ersten russischen Weltumsegelungsexpedition unter dem Kommando des aus Estland stammenden Kapitäns Johann Adam Krusenstern. Der russischen Expedition gehörte auch eine Reihe deutscher Mitglieder an, wie Heinrich Langsdorff, dessen Tagebucheintrag den Landgang mit seinem Freund Horner ausweist (Mottini 2009, S. 30-32).

Danach dauerte es über 50 Jahre, bis der nächste „Eidgenosse“ in Japan auftauchte und anscheinend gleich für einige Verwirrung bei den für die auswärtigen Beziehungen zuständigen Beamten des Schogunats sorgte. Es war der Reiseschriftsteller Rudolf Lindau aus Gardelegen/Preußen, der im Auftrage schweizerischer Wirtschaftsverbände nach Japan gesandt worden war, um Fakten zu schaffen, während sich der

Schweizer Bundesrat (Regierung) dabei auffallend zurückhielt.[1] Der Deutsche kam deshalb ohne diplomatische Vollmachten im Jahre 1859 auf einem Handelsschiff in Yokohama an, nur fünf Jahre, nachdem der forsche US-Admiral Perry das seit über 200 Jahren in sich gekehrte Inselreich mit massivem Druck zur wirtschaftlich-diplomatischen Öffnung genötigt hatte. Lindau behauptete selbstbewusst, im Auftrage eines kleinen europäischen Landes Verhandlungen über einen Handelsvertrag aufnehmen zu wollen. Aber es war wohl nicht allein sein fehlender diplomatischer Status, welcher auf der japanischen Seite für Irritationen gesorgt haben muss, das mysteriöse Land in dessen Auftrag Lindau unterwegs zu sein behauptete, war nämlich alles andere als klein. Anscheinend handelte es sich dabei nämlich um die „Konföderierte Republik Schwedenland", wie die japanischen Unterhändler in ihrem ersten Bericht an den Schogun zu berichten wussten. Lindaus Schweizer Mission musste aber nicht nur aufgrund formaler Mängel scheitern, im Gefolge der bereits abgeschlossenen, ungleichen Verträge kam es in Japan zu schweren innenpolitischen Spannungen zwischen dem herrschenden Schogunat und den Gegnern einer außenpolitischen und wirtschaftlichen Öffnung. Dessen ungeachtet konnte Lindau immerhin einen Achtungserfolg verbuchen mit der verbindlichen japanischen Zusage, dass man sich als erstes an die Schweiz erinnern werde, wenn denn die Zeit für weitere Staatsverträge gekommen sein sollte.

Die nächste Schweizer Japanmission, diesmal vom Bundesrat beauftragt, lief 1862 auf einem von der holländischen Marine zur Verfügung gestellten Kriegsschiff mit wehender Schweizer Flagge in Yokohama ein, und sie folgte einer japanischen Einladung. Diese Mission stand unter der Leitung des Neuenburgers Aimé Humbert-Droz, dem der Zürcher Kaspar Brennwald als Sekretär zur Seite stand und der von vier Privatpersonen begleitet wurde, die als „Attachés" dem Unternehmen etwas Masse gaben. Die Schweizer hätten sich aber keinen schlechteren Zeitpunkt für ihre Ankunft aussuchen können, denn innenpolitisch herrschten in Japan nunmehr bürgerkriegsähnliche Zustände. Die bestehenden ungleichen Verträge ermöglichten den ungehinderten Zustrom billiger ausländischer Industriewaren (der Einheitszoll betrug lediglich 5%, ohne Gegenrecht) und gefährdete dadurch die weitgehend handwerklich strukturierte japanische Produktionsbasis; das Schogunat stand politisch mit dem Rücken zur Wand, erfolgreich und gewaltsam herausgefordert durch eine Koalition von Feudalherren (Daimyos), die im Namen des in Kyoto residierenden Kaisers (Tennō) auftraten.

1 Vielleicht hatte dies auch mit dem sog. „Neuenburgerhandel" zu tun, der 1857 um ein Haar zum Krieg zwischen der Schweiz und Preußen unter Wilhelm IV geführt hätte. Es ging dabei um die merkwürdige Rechtsstellung Neuenburgs (Neuchâtel), das sowohl ein Schweizer Kanton als auch ein preußisches Fürstentum in Personalunion war, was in der Folge zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Schweizer Radikaldemokraten und Royalisten führte (Anm. d. Verf.). Vgl. dazu die Referenz „Neuenburgerhandel".



Die Schweizer Japangesandtschaft geht 1863 von Bord der holländischen Korvette „Medusa“ (Quelle: gezeichnet von Lt. zur See J.J. de Hart, Marine Museum Amsterdam)

Die Sache der Schweizer in Edo (Tokyo) erschien nicht nur aussichtslos, das Schogunat gab außerdem noch zu verstehen, dass es für ihre Sicherheit nicht garantieren könne, denn gewaltsame Übergriffe auf Ausländer (und ihre japanischen Begleitung) durch Vertreter des Schwertadels waren keine Seltenheit. Humbert-Droz und Brennwald kamen mit ihrem Anliegen nicht voran und mussten auf bessere Zeiten hoffen. Sie widmeten sich der Erforschung der spätfeudalen Gesellschaft in Edo (Humbert-Droz) und der japanischen Seidenproduktion (Brennwald), deren Ergebnisse sie später veröffentlichten, während sich ihre „Attachés“ bereits um die Anbahnung privater Geschäftsbeziehungen bemühten. Zuhause machte das lange Antichambrieren die Schweizer Gesandtschaft derweil zum Gespött der Innerschweizer Fasnacht (‚Japanesenspiele‘), und auch der Bundesrat verlor nach fast einem Jahr ergebnisloser Warterei die Geduld; Er forderte seine Gesandten deshalb auf, Ende des Jahres (1863) in die Schweiz zurückzukehren. In seiner Not griff Humbert-Droz zu einer List und versprach, spätestens Ende des japanischen Jahres, d.h. nach dem dort geltenden Mondkalender, also Anfang Februar, die Heimreise anzutreten.

Schließlich brachte die Intervention des niederländischen Geschäftsträgers zugunsten der Schweizer bei den Schogunatsbehörden den Durchbruch und bald begannen hektische Verhandlungen; dabei diente der preußisch-deutsche Vertrag von 1861 als Vor-

lage, was die Sache enorm erleichterte, und bereits nach wenigen Tagen, am 6. Februar 1864 – nur einen Tag vor Humberts geplanter Abreise – konnte der erste Vertrag zwischen der Schweiz und Japan unterzeichnet werden. Damit wurde die Schweiz zum ersten Binnenland, das mit Japan diplomatische Beziehungen aufnahm. Der Bundesrat konnte mit dem Erreichten mehr als zufrieden sein, denn auch die Schweiz profitierte dank des Meistbegünstigungsprinzips, das die Großmächte dem Schogunat aufgezwungen hatten, von einseitigen Vorteilen, insbesondere vom niedrigen Einheitszollsatz.

Das Schogunat überlebte den Schweizer Vertrag politisch nur noch knapp vier Jahre. Der letzte Schogun, Tokugawa Yoshinobu, wurde 1868 von einer neuen Generation mehrheitlich junger Vertreter der rebellischen Daimyate und des kaiserlichen Hofadels abgelöst, die unter der Devise *fukoku kyōhei* (reiches Land, starke Wehr) das Land mit aller Macht in einen modernen Nationalstaat verwandeln wollten. Die Ära Meiji („Erleuchtete Herrschaft“) der formell neu etablierten Kaiserherrschaft sollte Japan innert kürzester Zeit in geradezu dramatischer und teilweise auch traumatischer Weise transformieren, sie dauerte von 1868 bis 1912.

Im Jahre 1871 brach eine große Delegation höchster Vertreter der neuen Meiji-Regierung unter der Führung des Fürsten Iwakura zu einer aufsehenerregenden Reise in die Vertragsländer auf und besuchte im Sommer 1873 auch die Schweiz. Die hohen Gäste interessierten sich vor allem für die militärischen Aspekte der Landesverteidigung, das Bildungswesen und die technologisch-industrielle Basis ihres Gastlandes. Ungewöhnlich für diese Vertreter eines uralten Feudaladels, beschrieben sie in ihren ungemein detaillierten Aufzeichnungen, die nach ihrer Rückkehr veröffentlicht wurden, auch das demokratische politische System anhand des Kantons Genf. Der Höhepunkt ihrer Schweiz-Reise war sicherlich die Jungfernfahrt als Ehrengäste mit der neu gebauten Zahnradbahn von Vitznau bei Luzern auf das Rigi Kulm am 23. Juni 1873.

Diese Anfangsphase in den schweizerisch-japanischen Beziehungen könnte man getrost als die „romantische Phase“ bezeichnen. Das gegenseitige Interesse war nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht groß, und in Japans politischer Modernisierungsdebatte spielte auch die Schweiz und ihr politisches System eine nicht unerhebliche Rolle als ein mögliches Modell für ein modernes Japan. Mit Meiji-Japans Beitritt zur Genfer Rotkreuzkonvention im Jahre 1886/87 wurden außerdem zwei Meilensteine in dessen jüngerer Geschichte erreicht: Japan war damit nicht nur die erste „nichtchristliche“ Nation, die aufgenommen wurde, sondern als solche erstmals auch ein gleichberechtigter Vertragspartner – keine Selbstverständlichkeit in dem diskriminierend angelegten, europäisch dominierten Staatensystem des imperialen Zeitalters (vgl. OAG-Notizen 04/2009, S. 26-38).

Der Ehrgeiz der neuen japanischen Eliten ging jedoch in dieselbe Richtung wie jener der Großmächte in der damaligen Zeit. Unter diesen hatte es ihnen besonders das eben-

falls noch junge Reich des „Eisernen Kanzlers“ Otto von Bismarck angetan, dessen realpolitische Weltanschauung ihnen offenbar am meisten imponierten, was der Umfang und der Tonfall über das Deutsche Reich und seinen Kanzler im Iwakura-Bericht nahelegen. Die autoritären und hierarchischen Strukturen des Zweiten Deutschen Reiches dienten Meiji-Japan in der Folge denn auch als Vorlage für eine forcierte Modernisierung, die rücksichtslos und unter großen Opfern vor allem auf dem Buckel der einfachen Landbevölkerung durchgezogen wurde, begleitet von zahlreichen gewaltsamen – aber letztlich vergeblichen – Aufständen der steuerlich ausgepressten Bauern. Das Modernisierungsprojekt der Meiji schien, oberflächlich betrachtet, ein voller Erfolg zu werden, autoritäre ‚top-down‘ Strukturen nach deutschem Vorbild kombiniert mit einem französischen Zentralismus hinter einer demokratischen Fassade nach dem Zensusprinzip führten innert kürzester Zeit zu eindrücklichen Wachstumsraten und technologischen Leistungen.

Aber das elitäre Meijiprojekt litt an einem fatalen Grundwiderspruch, der Annahme nämlich, dass man einfach den „japanischen Geist“ mit westlicher Technologie und Organisationsprinzipien zu kombinieren brauche, um so etwas wie einen japanischen Weg der Modernisierung realisieren zu können. Ausdruck dieses Grundwiderspruchs war einerseits die im Geiste der europäischen Aufklärung wurzelnde Verfassung Meiji-Japans mit dem Anspruch, eine rationale Staatsordnung und politische Willensbildung zu ermöglichen. Doch gleichzeitig ruhte sie auch auf der zutiefst irrationalen, mythologisch begründeten moralischen Autorität des Kaisers, der über der Verfassung stand – in quasi göttlicher Vollkommenheit; dies war ein nicht aufzulösender Grundwiderspruch bei der politischen Modernisierung Meiji-Japans (OAG-Notizen 12/2010, S. 9f).

Der Zeitgeist des herrschenden Imperialismus (OAG-Notizen 03/2010, S. 10-27) beflügelte auch den Ehrgeiz der japanischen Eliten, und schon bald wurde die neue Stärke Japans erfolgreich gegen das in selbstgefälliger Stagnation verharrende China der Qing Kaiser eingesetzt, das sich 1895 der japanischen Militärmacht beugen und aus Korea zurückziehen musste – der Leidensweg des koreanischen Volkes unter japanischer Herrschaft begann, und er sollte ein halbes Jahrhundert dauern.

In der Schweizer Presse wurde der japanische Sieg gegen das als dekadent wahrgenommene China jedoch unverhohlen begrüßt, und als 1904/05 Meiji-Japan dann gar die zaristische „Knutendespotie“ (Wiedmann 1995, S. 93) besiegte und das mächtige Russland aus der südlichen Mandschurei hinauswarf, kannte die Schweizer Begeisterung kaum Grenzen (OAG-Notizen 04/2014, S. 10-21). Oberst Fritz Gertsch, der eidgenössische Militärbeobachter vor Ort, war voll des Lobes für die Kampfkraft und Disziplin der japanischen Truppen, weniger beeindruckt zeigte er sich hingegen vom hochmütigen Auftreten der „niederen Japaner“ im japanisch besetzten Korea (Mottini, *Tell*, 2009, S. 144ff). Zeitweilige diplomatische Rückschläge konnten Japans Aufstieg zur regionalen Großmacht lediglich verlangsamen, aber nicht aufhalten.

Wer wollte es den Japanern in ihrem Siegestaumel verübeln, wenn sie jene Stimmen ignorierten, die für Japan einen demokratischen, weltoffenen und friedlichen Weg in die Zukunft skizzierten nach dem Muster etwa der Schweiz (OAG-Notizen 12/2010, S. 22-39)? So publizierte im Vorfeld des Waffenganges mit Russland der Sozialdemokrat Abe Iso'o (1865-1949) im Jahre 1904 eine Schrift mit dem Titel „Idealland der Erde – die Schweiz", in der er seinen Lesern eine, zugegebenermaßen reichlich idealisierte, Schweiz als Alternative zum Großreichsprojekt vorstellte. Aber die Gewinne imperialer Expansion waren immer noch größer als ihre Kosten; 1914 entriss Japan auch seinem einstigen deutschen Lehrmeister dessen chinesische Besitzungen in Tsingtau/Kiautschou und versuchte danach, China mit unannehmbaren politischen Forderungen unter Druck zu setzen, scheiterte aber am diplomatischen Widerstand der Großmächte. Die in Japan internierten deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen wurden allerdings in geradezu vorbildlicher Art und Weise behandelt, wie der dortige Schweizer Vertreter des IKRK (Internationales Komitee des Roten Kreuzes), Dr. med. Fritz Paravicini, anerkennend nach Genf meldete. Das war jedoch das erste und letzte Mal, dass der seit 1909 in Yokohama lebende Schweizer Positives aus Japan zu berichten hatte, wie sich später noch zeigen sollte.

Die auf den Tod des Meiji-Kaisers folgende Ära Taishō („Große Gerechtigkeit") von 1912-1926 sah vorerst aber noch ein Aufblühen demokratischer und liberaler Kräfte in Politik und Gesellschaft. Diese als „Taishō-Demokratie" bezeichnete Periode war eine logische Fortsetzung und Weiterentwicklung der „Demokratie- und Bürgerrechtsbewegung" (*jiyū minken undō*) der vorangegangenen Meiji-Zeit, in der ja auch die politische Schweiz zum Thema gemacht worden war. Sie umfasste all jene Kräfte, die dem imperialen, oligarchischen Großreichsgedanken kritisch gegenüberstanden. Diese „Taishō-Demokratie" war jedoch keine einheitliche Bewegung mit klar erkennbaren Strukturen, sondern reichte von der politischen Linken über das liberale Bürgertum bis hin zu Vertretern des Großkapitals, die eine staatliche Wirtschaftskontrolle befürchteten. Die Politik wurde vermehrt durch Kabinettsregierungen und Parteipolitiker des Unterhauses bestimmt, was auf Kosten des Adels, des Militärs, der Bürokratie und der Oligarchen (Thronrat/*Sūmitsuin* und Ältestenrat/*Genrō*) ging; 1925 wurde das allgemeine Wahlrecht für Männer eingeführt, was die Wählerbasis fast vervierfachte auf 12.5 Millionen Wahlberechtigte.

Unter den Intellektuellen gewann die vom Herausgeber der „Fernöstlichen Wirtschaftsrevue", Miura Tetsutarō, lancierte „Kleinjapanismus"-Debatte (*shō nihon-shugi ron*) zahlreiche Anhänger und wurde von dessen Nachfolger Ishibashi Tanzan mutig weitergeführt. Aber bereits während der Taishō-Zeit machten sich die Militärs in der Politik bemerkbar und sorgten für immer weiter ansteigende Militärausgaben; dagegen konnten die zerstrittenen Parteipolitiker nicht ankommen und ihr Einfluss blieb deshalb ein folgenloses Intermezzo. In der Folge begünstigten die in der Meiji-Verfassung angelegten autoritären Strukturen eine Dynamik, die die japanischen Militärs begünstigte. Diese beriefen sich für ihr Handeln direkt auf den Tennō und damit

auf eine moralische Autorität, die in keiner Weise begrenzt war und auch niemals in Frage gestellt werden konnte (vgl. dazu: OAG-Notizen 12/2010, S. 22-39).

Am 1. September 1923 gegen Mittag schlug die Natur erbarmungslos zu, ein gewaltiges Erdbeben erschütterte die Region Tokyo/Yokohama und legte ihre Städte in Schutt und Asche. Die Zahl der Todesopfer überstieg 140.000; darunter waren auch viele Einwohner koreanischer und chinesischer Abstammung – Schätzungen zufolge Tausende –, die aufgrund böswilliger Gerüchte Opfer pogromartiger Hetzjagden des japanischen Pöbels wurden, oft mit Duldung oder gar Unterstützung der Ordnungskräfte; ein schlimmes Omen für die Zukunft.[2]

Nach dem Tode des kränklichen Taishō-Tennō im Jahre 1926 wurde dessen Sohn Hirohito zum Nachfolger bestimmt. Mit ihm begann die Ära Shōwa („Leuchtender Friede"), die von 1926 bis 1989 dauern und so gar nichts mit ihrem Regierungsmotto zu tun haben sollte. Der Tennō-Faschismus der japanischen Militärs setzte sich nun immer mehr durch und ein kruder Ultranationalismus mit deutlich rassistischen Zügen erfasste die Nation. Das von den Militärs etablierte System belohnte Loyalität sowie Unterordnung und Anpassung bis zur Selbstaufgabe, alles auf der Prämisse rassischer und ideologischer Überlegenheit, die Seelenverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus war unübersehbar. Dazu gesellte sich noch eine eigenwillige Interpretation und Betonung des alten Samurai-Ethos, das den japanischen Militärs als Grundlage ihrer Feldordnung diente und insbesondere bei der Behandlung von Kriegsgefangenen in der Folge zu kaum noch überbrückbaren Differenzen mit der Schweizer Schutzmachtvertretung und dem IKRK führen sollte (vgl. dazu: Rings 1966, S. 106).

Eine neue Generation zorniger junger Offiziere, denen die Streitkräfte einen Ausweg aus dem ländlichen Elend boten, radikalisierte mit ihren Gewaltaktionen insbesondere die Armee und polarisierte die japanische Politik nachhaltig, wie der zeitgenössische chinesische Japan-Kenner Jiang Baili (1882-1938) vermerkte. Der Chinese hatte die japanische Militärakademie als jahrgangsbester Offiziersanwärter absolviert und konnte die Entwicklung aus nächster Nähe verfolgen. Seiner Analyse zufolge waren die mehrheitlich vom Lande stammenden jungen Offiziere schockiert über den Entwicklungsunterschied zwischen den reichen Städten und den verarmten Landregionen, auf deren Kosten die forcierte Modernisierung Japans seit der Meiji durchgezogen wurde. Ihr Hass richtete sich nicht nur gegen die urbanen Eliten, sondern auch gegen die etablierte Kaste der höheren Offiziere und sie wurden empfänglich für die radikalen Theorien eines Kita Ikki, die zu einer Neuen Ordnung in Asien auf der ideologischen Grundlage eines mythisch überhöhten, spezifisch japanischen Nationalismus, Imperialismus und Sozialismus führen sollten (Lu 2004, S. 213).

2 Der Autor hat diplomatische Vertreter auf diesen psychologisch-menschlichen Katastrophenaspekt bereits hingewiesen und ist der Meinung, dass diesem präventiv Rechnung getragen und klar gemacht werden sollte, dass im Falle eines neuerlichen Großbebens allfällige Hetzreden rechtsnationalistischer japanischer Politiker gegen Ausländer nicht toleriert würden.

Das japanische Heer rückte 1931 im Gefolge des sog. „Mukden- (heute: Shenyang) Zwischenfalls“ in der Mandschurei vor. Der Gang der Ereignisse wurde in der Folge von fanatisierten mittleren Chargen der dort und in Korea stationierten Kolonialarmee bestimmt, die durch ihre Insubordination und eigenmächtigen Operationen Fakten schufen, welche in großen Teilen der japanischen Bevölkerung auf begeisterte Zustimmung stießen und die Militärführung in Tokyo lähmte und 1932 mit der Gründung des Vasallenstaates Mandschukuo ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Der Krieg, den die japanischen Militärs führten, war in ihrem Verständnis kein gewöhnlicher Krieg, sondern ein „heiliger (Rassen-)krieg“, geführt im Namen ihres Gottkaisers. In ihren Augen diente er lediglich der Selbstverteidigung und hatte außerdem die Befreiung der asiatischen Völker von der Herrschaft des weißen Mannes zum Ziel. Die archaische Feudalethik des alten Japan hatte inzwischen den dünnen Schleier der aufgesetzten und aufgeklärt wirkenden Modernität durchdrungen – nun befand sich das mechanisierte Mittelalter auf dem Vormarsch. In diesem primitiven System gediehen Nichtskönner, Vollzugsidioten sowie kleine und große Sadisten am besten. Und der Hass dieser Nullen richtete sich unterschiedslos gegen alles Nichtjapanische.

II) Krieg und Verbrechen – Die dunkle Seite der Sonne

Mit dem Ausbruch des Krieges wurde die neutrale Schweiz zur Interessenvertreterin (Schutzmacht) von insgesamt 43 Staaten (Rings 1966, S. 20f) und nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour übernahm sie u.a. auch die komplette Interessenvertretung der USA und Großbritanniens in Tokyo und erst im Frühling 1945 dann auch jene Japans in Washington. (Vorher wurde diese vorwiegend durch Spanien wahrgenommen, DoDiS 2005 und 2340/1.) Camille Gorgé, der Schweizer Botschafter in Japan von 1940 bis Ende 45, war ein fundierter Kenner der Verhältnisse in Japan, denn er hatte von 1924-26/27 bereits als Rechtsberater im japanischen Außenministerium gearbeitet.

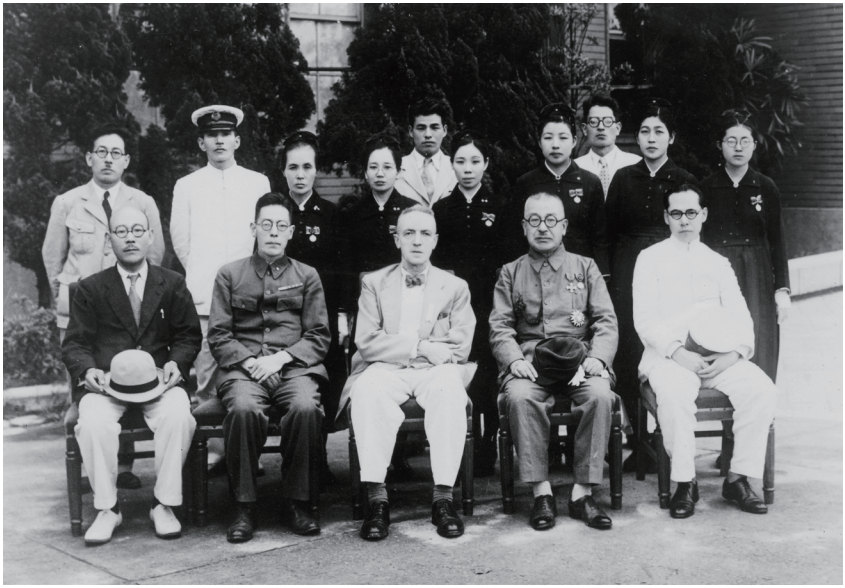
Aber das Hauptproblem stellte die Tatsache dar, dass Japan die Genfer „Konvention zum Schutze der Kriegsgefangenen“ von 1929 nicht unterzeichnet hatte. Dies wurde den Schweizer Diplomaten und IKRK-Delegierten bei entsprechenden Gesuchen immer wieder entgegengehalten; die Schweizer Seite wies dann ebenso oft darauf hin, dass die japanische Regierung dem IKRK in einer Erklärung von 1942 allerdings mitgeteilt hatte, die Konvention ‚mutatis mutandis‘ (mit notwendigen Abänderungen/Einschränkungen) anzuwenden; hier schieden sich die Geister, und Botschafter Gorgé vermerkte dazu, dass auch nach zweijähriger Erfahrung keine japanische Bindung an die Konvention erkennbar sei (Jahresbericht 1943, S. 91, Junod 1947, S. 269).

Obwohl rechtlich und politisch betrachtet grundsätzlich verschieden, überlappten sich die Tätigkeiten der Schutzmachtvertreter mit jenen der IKRK-Delegierten teilweise, und 1942 traf man Abmachungen bezüglich einer laufenden gegenseitigen Kommunikation, um Doppelspurigkeiten und Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Schutz-

machtaktivitäten der Schweizer Diplomaten und jenen der Delegierten des IKRK zu vermeiden (DoDiS 2340/1, S. 19).

Aber das Konzept der neutralen Schutzmacht war den japanischen Militärs völlig unverständlich, „ja nicht einmal im Außenministerium wurden wir immer verstanden“, wie Gorgé entsetzt feststellen musste (Rings 1966, S.104); daran änderte auch die Tatsache nichts, dass der mächtigste unter den Militärs, General Tōjō Hideki, der Kriegspremier von 1941 bis 1944, in seinen jungen Jahren 1919 an der japanischen Botschaft in Bern stationiert gewesen war. Gorgé hielt ihn aufgrund seiner Reden vielmehr für einen „glühenden Bewunderer Deutschlands“ (*...apparu comme un chaud admirateur de l'Allemagne*, Telegramm vom 20.10.1941)

Die Schwierigkeiten hatten jedoch schon vorher begonnen. In dem ideologisch aufgeheizten Klima totalen Misstrauens und latenten Fremdenhasses, standen alle in Japan lebenden Ausländer – außer die mit Japan verbündeten Deutschen und Italiener – unter dem Generalverdacht der Spionage und wurden von der japanischen Polizei, v.a. durch die berüchtigte Militärpolizei (*kempeitai*) oder die Politische Polizei (abgekürzt *tokkō*) entsprechend behandelt. In einem vertraulichen Bericht nach Bern zitierte Gorgé einen Landsmann mit den Worten: „...ich fürchte den Japaner mehr als die amerikanischen Bomben“ (Bericht vom 30.6.1943, S. 30). Die Folgen waren oft entsetzlich, und auch Schweizer Bürger wurden im japanischen Machtbereich oft verhaftet, misshandelt und gefoltert – ja sogar umgebracht (Rings 1968, S. 27). Polizeiliche Maßnahmen umfassten Polizeiaufsicht, Eindringen und Internierung in Botschaften, die Liquidierung von Privathaushalten bis hin zu Verhaftung und Internierung. Aber es sollte noch schlimmer kommen: im Frühsommer 1942 schickte Gorgé seinen Mitarbeiter Robert Bossert als Schutzmachtbeauftragten nach Taipeh, um das dortige US-Konsulat zu schließen und zu versiegeln. Bossert schiffte sich am 4. Juni für die Rückfahrt ein, aber er kam nie in Japan an (Jahresbericht 1942, S. 39f; Rechenschaftsbericht, DoDiS 2340/1, S. 68; NZZ vom 1.06.1949). Die US-Besatzungsbehörden stellten nach der Kapitulation Untersuchungen zu dem Fall an, das Verschwinden des Schweizers konnte zwar nicht restlos aufgeklärt werden, aber Indizien deuteten auf ein Verbrechen der japanischen Geheimpolizei hin (Stamm 2010, S. 574). Auch Dr. Paravicini, der 1941 vom IKRK wieder zu seinem offiziellen Vertreter in Japan ernannt worden war, machte schon vorher Bekanntschaft mit den Herren von der *kempeitai*, die ihn kurzzeitig verhaftet und verhört hatten – wegen versuchter Spionage natürlich. In seinen Berichten nach Genf sprach er von einer eigentlichen japanischen Spionagehysterie gegen alle im Lande lebenden Ausländer, das Land sei nicht mehr jenes, welches er von seiner Arbeit zwischen 1914 und 18 her kannte (Ōkawa 2010, S. 108f). Botschafter Gorgé stieß ins gleiche Horn, er vermutete gar, dass die japanische Xenophobie einen ethnischen Charakter hatte (Bericht vom 30.6.1943, S. 32, 35). Im selben Bericht (S. 39) umriss er mit den Worten Roosevelts Japans strategisches Dilemma: ohne deutschen Sieg kein japanischer Sieg, sondern, eine „mathematische Niederlage“.



Dr. Fritz Paravicini mit Angehörigen des Japanischen Roten Kreuzes 1943 auf Taiwan (Photothèque du CICR/ICRC)

Auch Paravicini wusste von unzähligen Schikanen und Hürden der japanischen Behörden zu berichten, die ihm und seinen Mitarbeitern die Arbeit im Auftrage des IKRK erschwerten, ja oft gar verunmöglichten: vorenthaltene Informationen und Auskünfte, Zutrittsverweigerung zu vielen Internierungslagern (für Zivilisten und Kriegsgefangene) im japanischen Machtbereich, insbesondere in der Mandschurei, auf den besetzten Philippinen und Borneo. Gefangenenlisten waren schwer zu bekommen und meistens unvollständig und Gespräche mit Internierten durften – im Widerspruch zur geltenden Konvention – nur unter japanischer Überwachung stattfinden. Die Schweizer Botschaft in Tokyo reichte über 402 Grundsatzdemarchen (*démarches de principe*) beim Außenministerium ein, von denen lediglich 124 beantwortet wurden; außerdem wurden 240 Proteste aus Washington gegen die Behandlung von Internierten an die Japaner weitergeleitet. Nach Gorgés Einschätzung lag die Zahl seiner Eingaben insgesamt bei weit über 1.000. Die Ergebnisse der Schweizer Bemühungen blieben dennoch bescheiden, insbesondere die gelieferten Zahlen der ausländischen Internierten waren extrem ungenau (Telegramm vom 8.10.1945). Und auch als sich 1944, nach zähen Bemühungen, die Bewilligungspraxis für Lagerbesuche etwas lockerte, durften von den 66 bekannten Lagern in Japan selbst nur deren 36 besucht werden sowie einige weitere in China, Indochina und Thailand, – darunter erstmals auch 9 Zivilinterniertenlager –

zu denen der Zutritt bislang stets verweigert worden war (Rechenschaftsbericht DoDiS 2340/1, S. 44, 47, 55, 57, 60; Ōkawa, S. 113).

Bereits ein Jahr nach seiner Akkreditierung in Tokyo klagte Gorgé, dass er und seine Mitarbeiter, trotz „sichtlicher Unterstützung“ des *gaimushō* (Außenministerium)[3], an der Grenze ihrer Belastbarkeit angelangt seien. Für die Arbeit der Schweizer Schutzmachtvertreter kam erschwerend hinzu, dass offenbar vor allem die unteren Stufen der japanischen Bürokratie sich oft weigerten zu kooperieren (*incroyable résistance chez autorités subalternes*), selbst bei Regierungsbeschlüssen (Jahresbericht 1941, S. 36-38; Telegramm vom 20.3.1942).

Dr. med. Marcel Junod, Vizepräsident des IKRK (Eigentum Benoit Junod, Schweiz)

Er war nicht der Einzige, der aufgrund der japanischen Zermürbungstaktik an seine Grenzen kam; die frustrierenden Arbeitsbedingungen als Delegierter setzten Dr. Paravicinis Gesundheit derart zu, dass er im Sommer 1943 bettlägerig wurde und am 29. Januar des darauffolgenden Jahres mit 70 Jahren verstarb. Auf Empfehlung der Schweizer Botschaft bestimmte das IKRK interimistisch den Japanresidenten und Ingenieur Friedrich Wilhelm Bilfinger zum Chefdelegierten, bis der Arzt Dr. Marcel Junod, nach einer ihm von japanischer Seite vorgeschriebenen, umständlichen Reiseroute[4] am 9. August 1945 in Japan eintraf und dessen Nachfolge antrat. Ihm zur Seite stand Marguerite Straehler von der „American Central Agency of US Prisoners of War“ in Genf; sie war in Japan geboren und mit der japanischen Sprache und der Kriegsgefangenensituation vertraut (Junod, S. 244, Ōkawa S. 114-116). Bereits in der Mandschurei machten sie Bekanntschaft mit der Arroganz der japanischen Offizierskaste, als ihnen gestattet wurde, ein Gefangenenlager zu besuchen; die beiden IKRK-Vertreter ließen sich davon jedoch nicht beeindrucken, und es gelang ihnen dort sogar, mit zwei verschollen geglaubten Generälen in persönlichen Kontakt zu kommen: US General Wainwright, der letzte Verteidiger von Corregidor auf den Philippinen und der britische General Percival, der den Oberbefehl in Malaya und Singapur hatte (Junod, S. 268-281).

3 Der japanische Außenminister zwischen 1941/42 und 1945, Tōgō Shigenori, war als junger Diplomat 1916 an der japanischen Botschaft in Bern stationiert (d. Verf.).
4 Sie führte via Teheran nach Moskau, dann durch Sibirien und die Mandschurei. Am selben Tag fiel die zweite Atombombe auf Nagasaki (d. Verf.).

Inzwischen war der großjapanische Traum längst ausgeträumt und am 30. April 1945 wurde die Schweiz von der japanischen Botschaft in Bern ersucht, die Interessenvertretung Japans in Washington zu übernehmen (Spanien hatte das Mandat inzwischen niedergelegt). Die Freude über diese Anfrage hielt sich anscheinend in engen Grenzen. Verärgert über die jahrelangen Behinderungen der Tätigkeit ihrer Vertreter in Tokyo stellte die Schweiz konkrete Bedingungen für die Übernahme dieses Mandats (DoDiS 2005, Telegramm 175 vom 19.5.1945, Zusammenfassung aus dem Französischen):

- Sofortige und spürbare Verbesserungen der Situation der Schweizer in Japan und den japanisch besetzten Gebieten;
- Handlungsfreiheit für die Schweizer Schutzmachtvertreter im Fernen Osten in Ausübung ihrer Mission, insbesondere Bewegungsfreiheit für Botschafter Gorgé und freien Zugang zu allen Lagern von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Nach einigen vergeblichen Versuchen, über die Vermittlung Moskaus (und Stockholms) mit den USA in verbindlichen Kontakt zu kommen und bessere Kapitulationsbedingungen zu erhalten, sandte die letzte Regierung Großjapans am 14. August 1945 über ihre Vertretung in Bern schließlich jenes Telegramm, in welchem sie die Potsdamer Erklärung der Alliierten akzeptierte, und das bedeutete endlich das Ende des Krieges (Krebs, S.764f).

Die nächste und vordringlichste Aufgabe der Schweizer in Japan bestand nun darin, in Zusammenarbeit mit den Besatzungstruppen die Heimschaffung der v.a. amerikanischen Kriegsgefangenen zu arrangieren. Diese Arbeit oblag den IKRK-Vertretern vor Ort. Und diese entdeckten schon bald, dass die Zahl der Lager und ihrer Insassen die offiziellen japanischen Angaben bei weitem überstiegen. Aber am 20. September 1945 konnte diese Aufgabe dann definitiv abgeschlossen werden; nun galt es, sich noch um die in Japan lebenden Ausländer zu kümmern, darunter auch „[…] Hunderte von Juden, meistens Deutsche, die von der Nazikolonie ausgestossen und von den Japanern in vielen Fällen ins Gefängnis gesteckt und gefoltert worden sind“ (Junod 1947, S. 288, 313).

Vorher wurden die IKRK Delegierten aber noch mit einer besonders schrecklichen Situation konfrontiert. Am 8. September 1945 flog Junod, zusammen mit einer amerikanischen Untersuchungskommission, nach Hiroshima, um dort seinen Stellvertreter Bilfinger zu treffen. Die Zerstörungen und das Elend, das er im Gefolge des Atombombenabwurfs sah, erschütterten ihn, der wahrlich schon viel gesehen hatte, zutiefst (Junod, S. 302-312). Unter dem Eindruck des Gesehenen überzeugte er den US Oberbefehlshaber General Douglas MacArthur, ihm die Mittel zur Verfügung zu stellen, damit er innert kürzester Frist 15 Tonnen medizinisches Material nach Hiroshima schaffen konnte.[5]

5 Die dankbaren Bewohner der verbrannten Stadt errichteten ihm dafür eine Gedenktafel (d. Verf.).

Dr. Matthäus und Elisabeth Vischer (links) mit Schwester Hoesch und einheimischem Pflegerpaar, 190 (Archiv der Basler Mission, B-30.65.121)

Der Krieg mochte nun zwar zu Ende sein, die Probleme der Schweiz mit Japan waren es aber noch nicht. Es begann mit einem ominösen Telegramm, das am 12. April 1945 aus der japanischen Botschaft im belagerten Berlin nach Bern übermittelt wurde. Zur Situation der Schweizer in der japanisch besetzten Südseeregion war darin die Rede von zwei Todesurteilen wegen Spionage und zwei Toten unter den Schweizer Missionaren in Bandjermasin auf Borneo (Braches, 2001, S. 2f). Nach der Kapitulation Japans versuchte das IKRK in Genf, wieder in Kontakt mit seinen Delegierten in dem weitläufigen großjapanischen Herrschaftsbereich von Shanghai bis Batavia (heute: Djakarta) zu treten. Nur einer antwortete nicht: Dr. Matthäus Vischer, der als Arzt und Leiter der Basler Missionsgesellschaft auf Borneo tätig und 1942 vom IKRK zu seinem dortigen Delegierten ernannt worden war; nach und nach kamen die grausigen Details seines Verschwindens ans Licht. Der Fall des jungen Arztes und seiner Gemahlin Elisabeth Vischer-Mylius, sorgte in der Schweiz für besonderes Aufsehen (*Der Bund* Nr. 414, 5.9.1945; *NZZ* Nr. 1502, 1946, S. 5). Die beiden wurden am 13. Mai 1943 von japanischen Soldaten verhaftet und gefoltert. Ein Marinegericht verurteilte das Ehepaar danach auf der Grundlage fadenscheiniger Anschuldigungen wegen Spionage und Verschwörung zum Tode. Ein halbes Jahr später dann, am 20. Dezember 1943, wurden sie hingerichtet und verscharrt. Der Schweizer Konsul in Batavia telegrafierte dazu

am 16.10.1945 nach Bern, dass seines Wissens Dr. Vischer und seine Gattin enthauptet worden sein müssten, denn das werde hierzulande vom japanischen Militär unter dem Begriff „punishment“ verstanden (*E2001* 1969/121, Bd. 183, *Dossier B51.351 Indon*, S. 3f).

Dr. Junod konnte im Dezember 1945 mit dem für die Ermordung der Vischers verantwortlichen Anklagevertreter der japanischen Kriegsmarine sprechen. Er nahm diesen ins Kreuzverhör und der junge Mann verstrickte sich hoffnungslos in Widersprüche. Schließlich stellte ihm Junod die Gewissensfrage, aber der Marineleutnant war sich keiner Schuld bewusst und zeigte auch keinerlei Reue, wie Junod entgeistert zur Kenntnis nehmen musste (Junod 1947, S. 313-317; Braches 2001, S.10). Warum sollte er auch, was im Namen seines Gottkaisers geschah, das konnte keiner höheren Moral unterstehen. Der Gipfel dieser perversen Logik stellten sicher die massenweisen biologischen Menschenversuche der berüchtigten „Einheit 731“ in der Mandschurei dar (siehe Referenzliste).

Die Vischers waren aber nicht die einzigen Schweizer Bürger, die von den japanischen Militärs in Südostasien gefoltert oder umgebracht worden waren. Die Liste der Schweizer, die dort entweder durch Kriegseinwirkung oder direkt ermordet wurden, umfasst knapp zwei Dutzend Namen; Allein beim Kampf um Manila 1945 massakrierten die Japaner 15 SchweizerInnen (Rings 1966, S. 189). Unter den Opfern in Manila befanden sich auch Kleinkinder, und die Todesursachen auf der Liste, die dem Bundesrat am 6.11.1948 vorgelegt wurde, geben einen Eindruck vom Wüten der japanischen Soldateska (Dossier B51.351 Phil O.):

> „von japanischen Soldaten zu Hause erschossen und mit Haus verbrannt“ (1 Ehepaar mit Säugling);
>
> „wurden im Luftschutzraum des deutschen Klubs, zusammen mit Hunderten von anderen Leichen gefunden, angeblich von jap. Soldaten getötet“ (6 Personen, darunter 2 Kinder).

Zivilisiertere Kreise in Tokyo waren durch diese Untaten ihrer Landsleute sichtlich betroffen, und am 7. August 1945 überwies die Regierung eine Million Franken als Ausdruck des Beileids.

Ein Rechtsgutachten kam am 17.8.1953 zu dem Schluss, dass das japanische Vorgehen in den besetzten Gebieten „grundsätzlich völkerrechtswidrig“ gewesen sei und empfahl aufgrund der Schwere der Verbrechen, die Ersatzansprüche „nicht allzu ängstlich festzusetzen“ (DoDiS 10201, S. 3). Nachdem Japan seine Souveränität wiedergewonnen hatte, wurde in einem Abkommen mit der Schweiz am 21. Januar 1955 eine Globalentschädigung von 12.25 Mio. Schweizer Franken vereinbart und z.T. mit den beschlagnahmten japanischen Vermögen in der Schweiz verrechnet (BBl Nr.5, Bd. 1 vom 8.2.1955). Auf eine formelle Entschuldigung verzichtete man schweizerischerseits – sicher sehr zur Erleichterung der japanischen Seite.

III) Alles vergeben und vergessen?

Im Jahre 1945 stand die Schweiz inmitten eines zerstörten Europa zwar unversehrt da, war aber wohl gerade als Verschonte nicht eben beliebt. Ausgerechnet in Washington, wo lange genug selbst diese Politik verfolgt worden war, bedeutete „Neutralität“ nunmehr so viel wie Opportunismus. Dass die Schweiz aus existenzieller Not gezwungen war, sich wirtschaftlich mit dem Dritten Reich zu arrangieren, spielte für die neue US-Moral keine Rolle. Zur Gründungsversammlung der UNO im Juni 1945 wurde die Schweiz ebenso wenig eingeladen wie die ehemaligen Achsenmächte (Maissen 2010, S. 280). Für die konservativen Eliten in Bern war das weiter kein Problem, solange die wirtschaftlichen Außenbeziehungen nicht darunter litten, und so richtete man sich behaglich in einer heroischen Selbstwahrnehmung ein. Es sollte noch Jahrzehnte dauern, bis das Heldenepos „Schweiz-Zweiter Weltkrieg“ durch die unnötig harsche Flüchtlingspolitik und den nonchalanten Umgang der Schweizer Banken mit nachrichtenlosen Vermögen etwas relativiert wurde.

In Japan hatte man nach dem Krieg zwar ein ähnliches Glaubwürdigkeitsproblem wie Deutschland, aber so etwas wie „Vergangenheitsbewältigung“ fand hier nicht einmal ansatzweise statt, – Hiroshima und Nagasaki dienten hier als bequeme Anknüpfungspunkte für eine eigene Opferrolle. Erleichtert wurde diese aktive Verdrängungspolitik sicherlich durch das Desinteresse der autoritären Regimes, die von Beijing bis Djakarta damals ans Ruder kamen.

Mit dem Ende des großjapanischen Wahns tauchte nun auch die Schweiz wieder in der politischen Diskussion Japans auf und Abes Schrift von 1904 (siehe oben) erlebte im Jahre 1947 eine Neuauflage. Einen Schlussstrich und einen Neubeginn wollte man nun selbstbewusst machen, nicht weniger als die „Schweiz Ostasiens“ sollte Japan künftig sein, neutral und dazu noch unbewaffnet.

Aber die Konturen des Kalten Krieges zeichneten sich bereits deutlich ab und die konservativen Eliten Japans hatten außerdem Mühe, sich gänzlich von alten Ideen zu lösen. Die erste, von japanischer Seite präsentierte Version einer neuen japanischen Verfassung wurde von General MacArthur zurückgewiesen und er beauftragte seinen Stab damit, einen eigenen Entwurf auszuarbeiten. Dieser kam unter enormem Zeitdruck zustande, wurde vom neu gewählten japanischen Parlament nolens volens angenommen und trat am 3. Mai 1947 in Kraft. Die neue Verfassung für Japan postulierte in ihrem berühmten Artikel 9 einen Verzicht auf Streitkräfte und militärische Gewaltanwendung. Mit Berufung auf diesen Artikel charakterisieren die Japaner ihr Land bis heute gerne als friedliebend schlechthin, – die jüngere Vergangenheit lässt man dabei am liebsten außer Acht. Diese Haltung zelebriert man bis heute alljährlich am Yasukuni-Schrein in Tokyo, wo nicht zwischen Opfern und Tätern unterschieden wird; kaum verwunderlich deshalb, wenn hoher politischer Besuch an diesem Ort in jenen Ländern, die unter dem japanischen Militarismus am meisten gelitten hatten, als eine Verhöhnung der Opfer wahrgenommen wird.

In einer Hinsicht hatte auch die Schweiz Glück gehabt mit ihren Beziehungen zu Japan: die auf Autarkie ausgerichtete Struktur der japanischen Kriegswirtschaft warf keine unangenehme Fragen auf, wie sie nach dem Krieg im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Beziehungen zum Dritten Reich aufgetaucht waren (Stichworte: Goldguthaben, Waffenexporte).

Aufgrund ihrer kommunistischen Bedrohungsneurose verflüchtigten sich die amerikanischen Bedenken vor einer japanischen Wiederbewaffnung rasch. Aber Japans Nachkriegsregierungen ließen sich, mit Berufung auf Artikel 9 der neuen Verfassung, ihre Selbstverteidigung nicht viel kosten. Und mit dem Koreakrieg 1950/53 erlebte die japanische Wirtschaft dank Aufträgen des US-Militärs einen ersten Aufschwung.

Die japanische Nachkriegswirtschaft wurde strategisch auf rasches, technologie-gestütztes Wachstum getrimmt. Dabei ging man in japantypischer Manier planmäßig und systematisch vor und überließ die Dynamik nicht einfach den unberechenbaren Marktkräften. Unter der amerikanischen Schutzgarantie konnte Japan die eigenen Ressourcen praktisch vollumfänglich in die wachstumsfördernde Zivilproduktion investieren. Es fällt jedoch auf, dass die von Riesenkonglomeraten geprägte Wirtschaftsstruktur Nachkriegsjapans einen ähnlich inzestuösen Charakter aufweist wie das gescheiterte Vorgängermodell der Kriegswirtschaft; aber ausländischer Kritik am beschränkten Marktzugang wird von der japanischen Wirtschaftsbürokratie bis heute mit dem Argument mangelnder Anstrengungen zur Markterschließung begegnet, eine Argumentation, die von unkritischen Japaneuphorikern geradezu gebetsmühlenhaft wiederholt wird (OAG-Notizen 01/2014, S. 19-33).

Die Schweiz schaffte es im Handel mit Japan jedoch meistens, einen Überschuss auszuweisen. Im Gefolge des japanischen Wirtschaftswunders zogen die Schweizer Exporte nach Japan spürbar an und das Land entwickelte sich zum Haupthandelspartner in Asien. Im Jahre 1964 konnte man auf eine 100-jährige Zusammenarbeit zurückblicken, und vier Jahre später löste Japan die BRD als zweitgrößte Wirtschaft hinter den USA ab. Die Ölkrise in den 1970er Jahren schien auch Japans Strategie zu bestätigen, bei der Energieversorgung auf Autarkie und Atomkraft zu setzen – ein fataler Irrtum wie wir seit Fukushima wissen. Die von der japanischen Wirtschaftsbürokratie nach dem Heimspielprinzip konzipierte und auf Export getrimmte Wirtschaft zog in der Folge immer mehr Kritik auf sich. „Japan –Bashing" (Japanschelte) wurde ab 1980 v.a. in den USA populär und drehte sich primär um den Vorwurf einer unterbewerteten Währung. Im Plaza-Abkommen von 1985 musste Japan dann einem erhöhten Wechselkurs des Yen gegenüber den Haupthandelswährungen zustimmen. Die starken Wechselkursausschläge dieser Anpassung hatten eine erratische Zinspolitik zur Folge, die schließlich zu einer spekulativen Überhitzung der Konjunktur führten und Japan das bis heute anhaftende Image eines Hochpreislandes verpassten.

Der spektakuläre Aufstieg von Japans Wirtschaft endete 1990 mit dem Platzen einer gigantischen Immobilienblase, und die mageren Jahre, geprägt von Deflation und Wachstumsschwäche, folgten auf dem Fuße (vgl. dazu: OAG-Notizen 03/2014, S. 24-33).

Erstaunlicherweise litten die Schweizer Exporte nach Japan jedoch keineswegs, sondern nahmen weiter kontinuierlich auf über 7 Mrd. Franken (2009) zu. Der vorläufige Höhepunkt der Beziehungen stellte der Abschluss des Schweizerisch-Japanischen Freihandels- und Partnerschaftsabkommens im Jahre 2009 dar. Ein „Freud'scher Lapsus" anlässlich der Unterzeichnung dieses Abkommens in Tokyo machte aber gleichzeitig klar, dass sich die Kräfte in Ostasien inzwischen deutlich verschoben haben: Die angereiste Schweizer Bundespräsidentin bezeichnete das Abkommen in ihrer Bankettrede nämlich wiederholt als „Sino-Swiss Agreement"[6]. Nach Meinung des Verfassers stellt diese Verschiebung sicher eine große Chance für die Schweiz dar, für Japan ist sie dagegen eine strategische Herausforderung, auf die das Land denkbar schlecht vorbereitet ist.

Roger Mottini, geboren 1959 in St. Moritz / Graubünden. Studium der Staatswissenschaften (Schwerpunkt „Internationale Beziehungen / Russland") an der Universität St. Gallen (HSG). Nachdiplomstipendiat am „Institut de Hautes Etudes Internationales et de Développement" in Genf (IHEID) und 1990/92 an der Universität Tokyo (Tōdai).

Promotion an der Universität St. Gallen. 2008-2011 Lehraufträge an verschiedenen Universitäten in Tokyo. Führungstrainer (Internationale Politik, Wirtschaft und Managementkommunikation). Publizist und Editor des „Yearbook Switzerland – Japan" der Schweizerisch-Japanischen Handelskammer in Zürich.

6 Der Autor hatte das zweifelhafte Vergnügen, diese Ausrutscher persönlich mit anhören zu müssen.

REFERENZEN

Bosshard, Walter in: *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) Nr. 1502, Sonderausgabe vom 25.08.1946.

Bundesarchiv Bern (BAB), Dossiers:

E 2001-02 1000/112 (Fremde Interessen, Japan 1939-45, B24 Ja);
E 2001 1969/121 Bd.183;
E 2300 1000/716, Bd.466 (Berichterstattung Tokio 1941-1942);
E 2400 1000/717, Bd.355 (Jahresberichte Schweizer Botschaft Tokio);
Dossier B51.351 Phil O: Allgemeines-Körperschäden schweizerischer Staatsangehöriger infolge Ausschreitungen japanischer Truppen auf den Philippinen…;
Dossier B51.351.Indon.25:
Sitzungsprotokoll des Schweizer Bundesrates vom 14.2.1951.

Bundesblatt (BBl) Nr. 5, Bd.1 vom 8.2.1955

Butow, Robert J.C.: *Tōjō and the coming of the war*, Princeton 1951.

Browne, Courtney: *Tōjō – le dernier banzai* (Tōjō - das letzte Hurra), Presse de la cité Paris, 1968.

Der Bund Nr. 414, 5.9.1945.

Junod, Marcel: *Kämpfer beidseits der Front*, Europa Verlag Zürich/Wien 1947.

Krebs, Gerhard: *Japan im Pazifischen Krieg – Herrschaftssystem, politische Willensbildung und Friedenssuche* (DIJ Reihe Bd.46), iudicium München 2010.

Lu, Yan: *Re-understanding Japan – Chinese Perspectives 1895-1945*, AAS and University of Hawai'i Press, Honolulu 2004.

Maissen, Thomas: *Geschichte der Schweiz*, hier+jetzt, Baden 2010.

Motohashi, Tadashi: *Suisu ni okeru wahei kosaku – taiheiō sensō shūketsu wo megutte* (Neubetrachtung der Friedensversuche in der Schweiz zur Beendigung des Pazifikkrieges), in: *Gakushūin Daigaku hōgakubu kenkyū nenpō* Nr. 19/1984, S.407-475.

Mottini, Roger: *Tell in Tokio, Schweizerisch-Japanische Begegnungen von den Anfängen bis 1914*; Iudicium Verlag München 2009.

Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom: 25.08.1946 (Nr.1502); und vom 1.06.1949.

OAG-Notizen Nr.: 12/2008 (S. 27-38), 04/2009 (S. 26-38), 03/2010 (S. 10-27), 12/2010 (S. 22-39), 01/2014 (S. 19-33), 03/2014 (S. 24-38).

Ōkawa, Shiro: „Dr Fritz Paravicini's Humanitarian Mission in Japan", in: R. Mottini (ed), *Switzerland and Japan, Partnership in Challenging Times*, Yearbook 2010, Swiss-Japanese Chamber of Commerce (SJCC), Zurich, Schwabe editions, Basle 2010.

Rings, Werner: *Advokaten des Feindes – Das Abenteuer der politischen Neutralität;* Econ, Wien/Düsseldorf 1966.

Stamm, Konrad Walter: „Die Vertretung fremder Interessen in Japan durch die Schweiz", in: Ziltener, Patrick (Hg.): *Handbuch Schweiz-Japan*, Bd.1, Chronos, Zürich 2010.

Wiedmann, Arnd: *Imperialismus, Militarismus, Sozialismus, der deutschweizerische Protestantismus in seinen Zeitschriften und die grossen Fragen der Zeit 1900-1930* (Reihe: Geist und Werk der Zeiten Nr. 38), Bern 1995.

Internet

Braches, Ernst: Bandjermasin Case, The Swiss Authorities and the Execution of Dr. C.M. Vischer and B. Vischer-Mylius in Borneo, 20th December 1943 (6.2.01):

http://www.ulin-memorial.org/SwissAuthor.pdf

Documents Diplomatiques Suisses (DoDiS), home: http://www.DoDiS.ch/de/home

DoDiS 2340 (1): Rechenschaftsbericht der Abteilung für Fremde Interessen des Eidgenössischen Politischen Departements 1939-1946, Bern, Ende Januar 1946.

Historisches Lexikon der Schweiz (hls): http://www.hls-dhs-dss.ch/index.php (Camille Gorgé)

„Neuenburgerhandel" (Histor. Lexikon der Schweiz):

http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D8923.php

Einheit 731: http://www.dailymail.co.uk/news/article-439776/Doctors-Depravity.html